

KLARTEXT

Von Peter Toussaint
(p.toussaint@nrz.de)



Viel Solidarität an Rhein und Ruhr

Das lehrt der Ehrenamtspreis

Schlechte Nachrichten sind gute Nachrichten. Das ist so eine alte Journalistenweisheit, die meint, dass man mit Berichten über Katastrophen und Verbrechen leichter eine spannende Zeitung machen kann, die sich dann gut am Kiosk verkauft. Das ist zynisch. Zynismus ist so eine Art Schutzmechanismus, denn sonst ließe sich wohl das viele Elend, über das man in einem Journalistenleben zu berichten hat, kaum ohne Schaden an der Seele ertragen. Schlechte Nachrichten sind in Wirklichkeit ja immer schlechte Nachrichten.

Manchmal wird Medien vorgeworfen, dass sie den Blick auf das wahre Leben trüben. Wir schreiben darüber, dass in NRW 80 000 Fahrräder gestohlen worden sind. Wir könnten ja auch darüber berichten, dass Hunderttausende Fahrräder noch bei ihren rechtmäßigen Besitzern sind. Schade, dass vor Jahren eine Zeitung schnell pleite gegangen ist, die ausschließlich positive Nachrichten druckte. Das wollte keiner lesen.

Die Welt ist besser als der Eindruck, den man beim abendlichen Betrachten der „Tagesschau“ gewinnt. Bei der Jurysitzung des diesjährigen Solidaritätspreises von Freddy-Fischer-Stiftung und NRZ haben wir das eindrucksvoll erfahren. Unsere Leserinnen und Leser hatten uns 40 Projekte, Initiativen und Einzelpersonen vorgeschlagen, die sich um benachteiligte Kinder kümmern. Sie tun dies mit Kreativität, Fantasie und Einfühlungsvermögen. In ihren Ehrenämtern verschenken sie Zeit, Aufmerksamkeit und Liebe. Sie machen unsere Welt besser. Täglich. Darüber müsste man viel häufiger berichten.

Registrieren lohnt

Mehr Schutz vor Fahrraddieben

Von Hanna Lohmann (h.lohmann@nrz.de)

Ein geklautes Fahrrad ist ärgerlich. Meist entdecken wir, dass das Rad weg ist, wenn wir es gerade nutzen wollen und müssen bei allem Ärger auch noch umdisponieren, vielleicht zur Polizei. Wer sein Rad weder registriert noch versichert hat, wägt dann ab, ob der Aufwand lohnt. Ja, er lohnt. Und das Registrieren lohnt auch. Die Polizei kann sichergestellte Räder nur dann dem rechtmäßigen Besitzer zurückgeben, wenn der bekannt ist. Und: Je mehr Dunkelziffern zu harten Fällen werden, desto mehr Problembewusstsein entsteht auch bei der Polizei. Dann könnte es mehr Kontrollen geben. In denen müssten wir dann wohl gelegentlich nachweisen, rechtmäßige Besitzer zu sein. Vielleicht wird dann aber auch kontrolliert, ob das Licht geht. Wer mehr Kontrollen will, muss das akzeptieren.

IMPRESSUM

Gründer: Prof. Dr. h. c. Dietrich Oppenberg
Herausgeber: Heinrich Meyer
Chefredakteur: Manfred Lachnit
Stellvertretender Chefredakteur: Ralf Kubbernuß
Mitglied der Chefredaktion: Peter Toussaint
Verantwortlich:
Desk: Dr. Michael Minholz.
Politik/Wirtschaft: Jan Jessen.
Kultur: Stephan Hermesen.
Nordrhein-Westfalen: Holger Dumke.
Vermischtes/Die Seite Drei: Cornelia Färber.
Chefreporter: Matthias Maruhn.
Für alle Anschrift wie Verlag.
E-Mail: redaktion@nrz.de
Chefkorrespondent: Miguel Sanchez (Berlin).
Überregionale Inhalte sowie Märkte- und Serviceseiten entstehen in Zusammenarbeit mit der **FUNKIE Zentralredaktion Berlin:** Jörg Quos (Ltg.), Jochen Gaugele (Stellv.), Online: Thomas Klob (Ltg.), Marc Hippler (Stellv.).
Technik: Andreas Mägen.
Produktion: FUNKE Redaktions Services; Oliver Multhaupt (Ltg.), Carsten Oberste-Kleinbeck (Chef vom Dienst).
Zeitschriftenvertrieb: Harald Heuer.
Verantwortlich für Anzeigen und Verlagsbeilagen: Evangelos Botinos. Anschrift wie Anzeigen. Anzeigenpreisliste Nr. 42, FUNKE MEDIENGRUPPE (WAZ + NRZ + WR + WP). Erfüllungsort und Gerichtsstand für das Mahnverfahren ist Essen. Anzeigen und Beilagen politischen Aussageinhaltes stellen allein die Meinung der dort erkennbaren Auftraggeber dar.
Freitags mit RTV, TV-Magazin zur Tageszeitung.
Anzeigen und Vertrieb: FUNKE MEDIEN NRW GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefon-Sa.-Nr. 0201 804-2841, Telefon-Nr. 0201 804-2841.
Anzeigen: Telefax-Nr. 0201 804-2418; anzeigenzentrale@funkemedien.de
Vertrieb: Telefon 0800 6060720*, Telefax-Nr. 0800 6060750*
(*kostenlose Servicenummer)
E-Mail: Leserservice@nrz.de
Ein Titel der FUNKE MEDIENGRUPPE
Verlag: Zeitungsverlag Niederrhein GmbH & Co. Essen, Kommanditgesellschaft, Friedrichstraße 34-38, 45128 Essen, Briefanschrift: 45123 Essen, Telefax-Nr. 0201 804-2841, Redaktion 0201 804-2621.
Geschäftsführer: Manfred Braun, Heinrich Meyer, Michael Wüller.
Druck: Druckzentrum Essen GmbH, Friedrichstr. 34-38, 45128 Essen.
Für die Herstellung der Neuen Rhein/Neuen Ruhr Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Der Bundespräsident auf heikler Mission

Frank-Walter Steinmeier will in Israel Eklat vermeiden, aber den Umgang mit regierungskritischen Organisationen anprangern

Von Christian Kerl

Berlin. Diese Reise hatte sich der Bundespräsident wohl einfacher vorgestellt: Dass gleich eine der ersten großen Auslandsbesuche von Frank-Walter Steinmeier nach Israel führen sollte, verrät zwar einen gewissen Ehrgeiz des neuen Staatsoberhauptes – aber bei der Planung konnte der frühere Außenminister nicht ahnen, dass er in Israel von heute Abend an gleich in der alten Rolle als Krisen-Diplomat gefragt sein würde.

Kann Steinmeier die deutsch-israelischen Beziehungen wieder ins Lot bringen, nachdem es beim Besuch von Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) in Jerusalem vor knapp zwei Wochen zum Eklat gekommen war? Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu hatte ein Treffen mit Gabriel platzen lassen, weil dieser bei seiner Nahostreise auch mit Regierungskritikern sprechen wollte – einschließlich jener israelischen Veteranen, die in der Gruppe „Breaking the Silence“ (Das Schweigen brechen) den Umgang der Armee mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten anprangern. Sowohl Gabriel als auch Netanjahu beharrten auch nach dem Eklat auf ihren Standpunkten. So viel Porzellan ist selten von den beiden Regierungen zerschlagen worden.

Eine heikle Lage für Steinmeier, der von heute bis Dienstag mit seiner Frau Elke Bündenbender Israel und die palästinensischen Gebiete besuchen wird. Er will morgen neben Premier Netanjahu auch Präsident Reuven Rivlin treffen, am Dienstag Palästinenser-Chef Mahmud Abbas beehren. Und er will mit Vertretern der Zivilgesellschaft sprechen. Auch mit Breaking the Silence, wie es zuletzt



Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier

FOTO: MONIKA SKOLIMOWSKA/DPA

Gabriel getan hatte. Das war die heikle Frage, mit der sich die Beamten im Präsidialamt lange herumschlügen.

Kurz vor der Reise steht fest: Steinmeier wird kein weiteres Öl ins Feuer gießen. Er wird Breaking the Silence und die ebenfalls von Netanjahu kritisierte Organisation Betselem nicht treffen – mit einem weiteren Eklat, der womöglich zur nächsten Gesprächsabsage Netanjahus geführt hätte, wäre niemandem gedient, glaubt man im Präsidialamt. Eine Distanzierung von Gabriel sei das aber nicht.

Rede in der Hebräischen Universität

Steinmeier wird sich in Israel vielmehr an anderer Stelle kritisch zum Umgang der Regierung mit solchen Organisationen äußern. In einer Rede in der Hebräischen Universität, wo der Bundespräsident morgen über die Gefährdungen der Demokratie sprechen wird, dürfte er das heikle Thema öffentlich ansprechen. Am Montag wird Steinmeier auch den Schriftsteller Amos Oz treffen, der Breaking the Silence und andere regierungskritische Gruppen schon mit viel Lob bedacht hat.

Das ist Steinmeiers Art, in dem Streit Position zu beziehen. Denn auch der Prä-

sident glaubt, dass die von Netanjahu so hart kritisierten Gruppen eher eine Stärkung für die israelische Demokratie sind. Steinmeier kennt das Land genau, als Außenminister war er elfmal zu Besuch – und hat aus seinen Meinungsverschiedenheiten mit Netanjahu keinen Hehl gemacht.

Jetzt wird dieser Besuch zur Gratwanderung für den Präsidenten. Es ist die erste Probe, wie er sein neues Amt auf internationaler Bühne ausfüllen will. Die Spannungen hatten zuletzt eher zugenommen. Gabriel legte erst gestern nach und versicherte, er würde wieder genauso handeln. „Unter Demokraten muss es möglich sein, sich auch mit regierungskritischen Organisationen zu treffen“, sagte er der „Bild“-Zeitung. „Unter Demokraten stellt man keine Ultimaten.“ Doch setzt nun auch Gabriel seine Hoffnung auf Steinmeier. Der soll es richten und eine weitere Eskalation in den deutsch-israelischen Beziehungen verhindern: „Ich habe keine Zweifel“, sagte Gabriel, „dass der Bundespräsident die richtigen Worte finden wird, um die Situation zu beruhigen.“

NRZ

BEZIEHUNGEN SIND SCHON LÄNGER ANGESCHLAGEN

Die Bundesregierung hatte im Februar ein israelisches Gesetz zur **Legalisierung jüdischer Siedlerwohnungen** auf palästinensischem Gebiet nach der Verabschiedung im Februar ungewöhnlich scharf kritisiert, danach wurden auch die für Mai geplanten deutsch-israelischen Regierungskonsultationen verschoben.

GELESEN

Zum möglichen Aus von Obamacare schreibt die **Wetzlarer Neue Zeitung:**

„Natürlich war „Obamacare“ lückenhaft und reformbedürftig. Doch das Gesetz hat 20 Millionen bis dahin schlecht oder gar nicht versicherten Amerikanern eine brauchbare Versorgung für den Fall der Fälle gebracht. Aber statt die Mängel abzustellen und damit vorausschauende Sozialpolitik zu betreiben, schieben Trump und seine Republikaner die Schwachen ins Aus.“

Zu einem möglichen Referendum über die Einführung der Todesstrafe in der Türkei schreibt die **Frankfurter Allgemeine Zeitung:**

„Die Ächtung der Todesstrafe ist ein europäisches Projekt, das weit über die Europäische Union hinausreicht. (...) Und weil hier nicht nur das Grundgesetz, sondern das europäische Wertefundament in Rede steht, darf selbstverständlich über eine Wiederkehr der Todesstrafe hierzulande nicht abgestimmt werden.“

GEHÖRT

„Ich werde mich in Französisch äußern, weil Englisch langsam (...) an Bedeutung verliert in Europa“

Jean-Claude Juncker, EU-Kommissionspräsident



„Ich sehe (...) die Beziehungen zur Schweiz auf einem historischen Tief angekommen.“

Thomas Kutschat, NRW-Justizminister (SPD)



LESER SCHREIBEN KLARTEXT



Abstimmung über G8/9 und Klartext dazu

Es stimmt nicht, dass SchülerInnen im G8-System „das Abitur nach 2 Jahren schaffen“ müssen, wie im Leserbrief behauptet. Sowohl bei G8 (Gymnasien) als auch bei G9 (Gesamtschulen) umfasst die gymnasiale Oberstufe drei Jahre: die einjährige Einführungsphase und die zweijährige Qualifikationsphase. (...) Und übrigens: G9 gibt es bereits - an allen Gesamtschulen des Landes. Das wird in der Debatte leider oft übersehen. Ute Rühl, per Mail

Wahlkampf in NRW

Armin Laschet sollte sich von seinen Medienberatern trennen. Auf den Wahlplakaten wirkt er wie Muttis liebster Streber. Rolf Lemke, Mülheim

Reportage aus Mossul

Man muss Jan Jessen einmal mehr Hochachtung für seinen Bericht zollen. Ein Krieg um Mossul, der im Gegensatz zu Aleppo anscheinend gar nicht stattfindet und in den meisten Medien gar nicht vorkommt. Eventuell sterben die Bewohner humaner... Heinrich Lehmann, per Mail

Den Vögeln fehlen Nahrung und Lebensraum

Nicht nur die Landwirtschaft hat Schuld am Verschwinden der Tierwelt, sondern auch die Besitzer von Hund und Katze. Freilaufende Hunde vertreiben Wasservögel von den Rastplätzen etwa am Rhein. Gelege der Hasen und Rehe in Wiesen und Waldrändern werden von den Hunden zerstört, und die vielen umherstreunenden Katzen geben den Jungvögeln den Rest. Die Menschen „holen sich die Natur ins Haus“, mit Hunden (am besten gleich drei), Katzen, Meerschweinchen, Mäusen, Hamstern usw. Klaus Brüggewerth, per Mail

Als Gartenbesitzer können wir den Inhalt dieses Berichtes nur bestätigen. Wir füttern die Vögel ganzjährig und orientieren uns da an Prof. Berthold, der als Vogelkenner für die Ganzjahresfütterung eintritt. Aus guten Gründen: Es wird nicht nur bei uns im Duisburger Westen sehr viel wertvoller alter Baumbestand abgeholzt, dazu viel dichtes Strauchwerk. Seit die Baumschutzsatzung gefallen ist, beseitigen auch Privatleute Bäume, ohne für eine Neupflanzung zu sorgen. (...) Mit dem drastischen Abholzen und Roden nimmt die Lebensgrundlage von Vögeln und Kleintieren immer mehr ab. (...) Hinzu kommen auch die Stickstoffe und Pestizide und andere lebenszerstörende Dinge wie der zunehmende Autverkehr mit seinen drastischen Folgen für die Umwelt und auch der Fleischkonsum samt Folgen. Zudem gibt es keine Partei mehr, die wirklich für den Umwelt- und Tierschutz eintritt. Die Grünen, die ich bis in die 90er Jahre hinein noch gewählt habe, aus den oben genannten Gründen, sind leider sehr weit von ihren ursprünglichen Ideologien abgewichen und somit für mich nicht mehr wählbar (...)

Ute Randolph, per Mail

Kritik an der „Leute-Seite“

Bitte nichts an dieser wundervollen „Leute“-Seite ändern, denn inmitten der dramatischen, oft angsteinflößenden Alltagsnachrichten ist es eine wirklich nette, lustige Erheiterung, unserem Gehirn eine Information zu kommen zu lassen, „die die Welt nicht braucht“, die aber ein Lächeln ins Gesicht zaubert. Danke! Ute Karrenberg, per Mail

Zur Kritik an der tollen Leuteseite möchte ich nur folgendes sagen: Sie ist leichte Kost, regt an zum Schmunzeln, und: Würde sie abgeschafft, gäbe es keine Wettervorhersage mehr. (...) Peter Heitfeld, per Mail

Klartext zur Pressefreiheit

Die Medien sind nicht gesteuert, da sie selbst die Mächtigen sind. Sie loben die Leserbriefspalte, aber auch hier entscheidet die Redaktion: Nach dem Türkei-Referendum veröffentlichte die NRZ mehr als 10 Leserbriefe, die das Ergebnis kritisierten, aber keinen, der dafür Verständnis äußerte. Ferdinand Bensen, Essen

Die E-Mail-Anschrift für Leserbriefe: klartext@nrz.de

Die Redaktion behält sich das Recht vor, eingeschickte Leserbriefe zu kürzen. Anonyme Briefe werden nicht berücksichtigt.